



## Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 19.09.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresabschluss 2022 der Blühendes Barock  
Gartenschau Ludwigsburg GmbH

Vorl.Nr. 219/23

---

### **Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt:

#### **1. Feststellung des Jahresabschlusses 2022**

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH zum 31.12.2021 mit einer Bilanzsumme von EUR 6.094.472,89 (VJ EUR 4.944.783,24) und einem Jahresgewinn von EUR 897.689,44 (VJ EUR 498.148,03) zuzustimmen.

#### **2. Ergebnisverwendung**

Dem Vorschlag, den Jahresgewinn von EUR 897.689,44 auf neue Rechnung vorzutragen zuzustimmen.

#### **3. Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2023**

Die Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 zu beauftragen.

#### **4. Entlastung der Geschäftsführung**

Der Geschäftsführung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

#### **5. Entlastung des Aufsichtsrats**

Dem Aufsichtsrat der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit: OBM Dr. Knecht  
Stadtrat Herrmann

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** und Stadtrat **Herrmann** erklären sich für befangen und rücken in den Zuschauerraum ab.

Die Sitzungsleitung übernimmt Stadtrat **Prof. Vierling**.

Die **Geschäftsführerin** des Blühenden Barock und der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen gehen auf die Vorlage ein.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt nach der Gestaltung des Südgartens. Dieser sei nicht nur der Sonne besonders ausgesetzt, sondern ist auch nahezu schattenlos.

Stadtrat **Schreiber** fragt nach den Erfahrungswerten seit der Einführung des Kombi- Tickets.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** geht generell auf das Verkehrskonzept ein. Die Erreichbarkeit mit Fahrrädern solle verbessert werden, vor allem an der Mömpelgardstraße fehlen Fahrradstellplätze.

Stadtrat **Haag** erkundigt sich nach dem Wasserverbrauch und fragt nach der Planung für eine gesicherte Versorgung.

Die **Geschäftsführerin** des Blühenden Barock geht auf die offenen Fragen ein. Im Südgarten sollen die Rasenflächen so umgestaltet werden, dass sie Bienen und anderen Insekten Nahrung bieten. Die Grundstruktur solle erhalten bleiben und Schattenbäume seien deshalb nicht möglich. Weiter berichtet sie von der Idee, das Regenwasser der Dachflächen des Schlosses für die Bewässerung aufzufangen. Hierzu laufen Gespräche. Der Brunnen liefere nicht zuverlässig viel Wasser. Eine Bohrung im Südgarten werde durch das Land geprüft. Eine Realisierung sei, laut Auskunft des Landes, jedoch in den nächsten 15 Jahren nicht vorgesehen. Der Online Ticketverkauf steige an. Die Website werde besucherfreundlich umgestaltet. Der Kombi- Ticketverkauf laufe gut. Die Erweiterung der Fahrradständer werde angedacht. Hierzu stehe man im Gespräch mit dem Fachbereich Nachhaltige Mobilität.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

OBM **Dr. Knecht** übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

TOP 2

Beteiligung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH an der Energiewende Region Ludwigsburg Verwaltungs- und Betriebs-GmbH und der Energiewende Region Ludwigsburg GmbH & Co.KG  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 190/23

---

### **Beschlussempfehlung:**

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Ludwigsburg in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt, der Beteiligung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH an der Energiewende Ludwigsburg Verwaltungs- und Betriebs-GmbH als Gesellschafter mit 50% und an der Energiewende Region Ludwigsburg GmbH & Co.KG als Kommanditist mit 50% zuzustimmen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, an den Gesellschaftsverträgen redaktionelle Ergänzungen und Änderungen, die sich aufgrund gemeindefinanzrechtlicher, steuerrechtlicher oder gesellschaftsrechtlicher Vorschriften ergeben, vorzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Vorlage ein. Man habe politisch viel bewegt und könne heute ein großartiges Ergebnis für das Vorantreiben der Energiewende und gute Energielösungen präsentieren.

Der **Geschäftsführer** der SWLB informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift

beiliegt. Die Sparkasse werde am 18.10.2023 innerhalb einer Veranstaltung das geplante Konstrukt vorstellen. Bisher sei eine direkte Beteiligung der Sparkasse an Unternehmen nicht möglich gewesen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** fragt, warum nicht ein Gesellschafter ausreiche und wer die Geschäftsführung übernehme. Das Modell sei ein neues Konstrukt. Er fragt nach der Funktion der Kreissparkasse. Zudem will er wissen, ob Photovoltaik als einziger Bereich an erneuerbaren Energien für diese Gesellschaft dauerhaft gedacht sei und ob für weitere Bereiche, wie Fernwärme und die Gründung zusätzlicher Gesellschaften notwendig werden oder ob die Gesellschaft wachsen und sich weiterentwickeln könne. Die Rendite solle sich für die Stadtgesellschaft und Klimaneutralität rechnen.

Das Konstrukt sei komplex, jedoch dienlich für die Energiewende, meint Stadträtin **Dr. Klünder**. Sie fragt nach der Bürgerbeteiligung und der Funktion der Kreissparkasse. Zudem will sie die Höhe des Investitionsvolumens und die Verteilung wissen. Was verstehe man unter einem geringen Risiko, fragt sie. Des Weiteren sehe sie den Einsatz von zwei Betrieben kompliziert.

Stadtrat **Weiss** freut sich über das Konstrukt. Er will wissen, wie hoch die Beteiligungsmöglichkeit und die Rendite sei.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** fragt, wie und wann Kommanditanteile für die Bevölkerung gezeichnet werden und ob die Vermarktung über die Kreissparkasse laufe. In welchem Umfang könne sich die Bevölkerung und Kommanditisten beteiligen, will er wissen. Der SWLB seien immense Aufgaben aufgebürdet worden mit einem großen Finanzierungsbedarf. Unter anderem seien dies der Glasfaserausbau, Photovoltaik, Energiebeschaffung und kommunale Wärmeplanung mit Fernwärme. Photovoltaik werde jetzt über das Konstrukt der Investorengesellschaft geregelt. Er fragt, warum die Stadtwerke dies nicht allein stemmen können.

Für die Energiewende könne mit diesem Anreizsystem privates Kapital aktiviert werden, merkt Stadtrat **Haag** an. Er fragt, ob dieses Konstrukt wegen der öffentlich-rechtlichen Bank als Partner, notwendig sei.

Der **Geschäftsführer** der SWLB geht auf die offenen Fragen ein. Die Kreissparkasse könne sich nicht an einer GmbH beteiligen, deshalb habe man dieses Konstrukt gewählt. Hierfür habe sie eine Genehmigung erhalten. Die Sparkasse habe keine Haftung und sei nicht ins operative Geschäft eingebunden. Mit den Kommanditeinlagen von je 6,5 Millionen und dem Stammkapital liege man bei rund 15 Millionen. Bürgerbeteiligungen erhöhen das Investitionsvolumen. Das jetzige Konstrukt, welches vom Regierungspräsidium freigegeben wurde, habe es bisher noch nicht gegeben und werde den Städten künftig helfen. Die Sparkasse werde in einem Stufenmodell mit einem Sparkassenbrief oder über Kommanditisten in die Bürgerbeteiligung einsteigen. Steuerlich müsse man sortenrein bleiben und habe mit PV angefangen. Weiter geht er auf das Risiko und die Rendite ein. Man wolle gemeinsam im Landkreis die Energiewende vorantreiben. Dies sei auch das Interesse der Kreissparkasse. Sobald die Gesellschaft ein Fundament habe, könne die künftige Ausrichtung erfolgen.

OBM **Dr. Knecht** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt:

**1. Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH zum 31.12.2022 mit einer Bilanzsumme von EUR 378.002.336,79 (VJ EUR 350.489.143,59) und einem Jahresüberschuss von EUR 5.921.286,45 (VJ EUR 4.647.617,44) zuzustimmen.

**2. Ergebnisverwendung**

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Der Anteil am Jahresgewinn 2022 von EUR 5.508.269,74 wird in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte der Stadt Ludwigsburg und der Anteil am Jahresgewinn 2022 von EUR 413.016,71 wird in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte der Stadt Kornwestheim eingestellt und soll im gesetzlich zulässigen Rahmen zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden.

Die Stadt Kornwestheim gleicht die Verschiebung der Kapitalanteile, die sich infolge der Einstellung des Jahresgewinns 2022 in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte ergibt, durch

eine ihrer Beteiligung am Ergebnis gemäß § 20 Abs. 1 lit. a des Gesellschaftsvertrags entsprechende Einzahlung in die Kapitalrücklage der Stadt Kornwestheim in Höhe von weiteren EUR 501.602,71 aus, die ebenfalls zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden soll.

### **3. Lagebericht**

Den Lagebericht für 2022 zu genehmigen.

### **4. Entlastung der Geschäftsführung**

Der Geschäftsführung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

### **5. Entlastung des Aufsichtsrats**

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 5 wird mit 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit:            OBM Dr. Knecht  
                                 Stadtrat Haag  
                                 Stadtrat Handel  
                                 Stadtrat Herrmann  
                                 Stadtrat Lutz  
                                 Stadtrat O'Sullivan  
                                 Stadtrat Weiss

Der Beschluss zu Ziffer 1 bis 4 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Vorlage ein. Ohne die Stadtwerke sei eine Klimaneutralität und Energiewende nicht vorstellbar, merkt er an und dankt dem gesamten Team für die herausragende Arbeit im Sinne der Stadtgesellschaft.

OBM Dr. Knecht, Stadtrat Haag, Stadtrat Handel, Stadtrat Herrmann, Stadtrat Lutz, Stadtrat O'Sullivan und Stadtrat Weiss erklären sich zu Ziffer 5 befangen und rücken in den Zuschauerraum ab. Bei Befangenheit von mehr als der Hälfte aller Mitglieder besteht eine Beschlussfähigkeit, wenn mindestens ein Viertel anwesend und stimmberechtigt ist.

Stadtrat **Prof. Vierling** übernimmt den Vorsitz.

Die **Geschäftsführer** der SWLB informieren anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift  

---

Protokollauszug Wirtschaftsausschuss 19.09.2023

beiliegt. Trotz diverser Krisen sei das Jahr 2022 sehr erfolgreich gewesen.

Der Jahresüberschuss liege in beträchtlicher Höhe, lobt Stadtrat **Prof. Vierling**. Er geht auf das Arbeitskräftepotential und die Nachwuchsgewinnung ein. Man sei auf Leute mit technischem Sachverstand angewiesen. Trotz versorgungsfremder Sparten, wie Bäder und Parkierung, müsse das Kerngeschäft im Vordergrund stehen. Die Energiewende und Klimaneutralität habe oberste Priorität. Man müsse sich zur Bäderlandschaft in Ludwigsburg Gedanken machen und solle über die Stadtgrenzen hinausdenken. Bäderentwicklung sehe er als interkommunale und regionale Aufgabe. Er fragt, wie Holzhackschnitzel im Hinblick auf Klimaneutralität zu bewerten seien und wünscht mehr Informationen zu möglichen Ausfällen und technischen Problemen beim Holzkraftwerk. Zudem fragt er nach einem Etappenplan und Etappenziele im Hinblick auf die Klimaneutralität. Zudem interessiert ihn der Umfang von Sponsoringaktivitäten für Sport und Kultur und deren Entwicklung.

Stadträtin **Dr. Klünder** freut sich über das positive Ergebnis. Die geringe Eigenkapitalquote müsse im Blick bleiben und verbessert werden. Dennoch wertet sie die gleichbleibende Höhe als gutes Ergebnis. Sie geht auf die Bäderlandschaft ein und fragt nach den Zukunftsplänen für das Heilbad Hoheneck. Weiter will sie wissen, wieso die Stromerzeugungsmengen zurückgehen und sieht dies als positive Entwicklung an.

Man sei auf einem guten Weg für die Zukunft, stellt Stadtrat **Weiss** fest und lobt die vorbildlichen innovativen Projekte. Die Stadtwerke machen seit Jahren Klimaschutz, auch durch regenerative Energien. Die Entscheidung für das Geschäftsfeld Glasfaser sei richtig gewesen. Er würdigt das positive Jahresergebnis, sagt aber auch, dass ihm die Eigenkapitalquote nach wie vor Sorgen bereite. Durch mehr Gewinne könne diese gesteigert werden. Die Verluste der versorgungsfremden Sparten konnten bisher gut ausgeglichen werden. Er fordert ein klares Signal zum Heilbad Hoheneck.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schließt sich dem Vorredner an. Er hakt ebenso zur Eigenkapitalquote nach, spricht aber dennoch von einem bewundernswerten Ergebnis. Das Unternehmen sei seit Jahren gut aufgestellt, trotz der Krisen. Die Bäder sind ein wichtiges Thema für die Bevölkerung, trotz Verlustposten. Durch die Erhöhung der Eintrittspreise versuche man die Verluste nicht weiter wachsen zu lassen. Die Standorte sollten gehalten werden.

Stadtrat **Haag** lobt die gute Arbeit der Geschäftsführung. Der Glasfaserausbau sei auf der Zielgeraden. Zukünftig gebe es durch die Wärmeplanung und Energiewende weitere Herausforderungen. Auch er spricht das niedrige Eigenkapital an. Die starke Anhebung der Eintrittspreise habe bei den Nutzenden für Ärger gesorgt. Kontinuierlich kleinere Anpassungen seien sinnvoller, meint er. Investitionen in die Bäder sollen im Sinne der Stadtgesellschaft ausgewogen gestaltet werden. Der Arbeits- und Fachkräftemangel im Bäderbetrieb müsse beobachtet werden.

Die **Geschäftsführer** der SWLB gehen auf die offenen Fragen ein. Man werde die Bäder am Leben erhalten, lautet das klare Bekenntnis. Um die Zukunft der Bäder werde es bei einer Klausurtagung am 30. Oktober gehen. Mehrere Investitionen seien bereits gemacht und weitere werden folgen. Die letzte Preiserhöhung bei den Bädern habe vor sieben Jahren in einer geringen Höhe stattgefunden, deshalb sei jetzt ein höherer Betrag fällig gewesen. Beim Personal setzte man auf ein Mischverfahren. Man stehe in Kooperation mit den Hochschulen und bilde überproportional aus. Zudem setze man auf Weiterbildung, Qualifikation und Bindung durch Wohlfühlklima. Die Personalabteilung sei mittlerweile stärker ausgerichtet worden. Im Lagebericht müssen mögliche Risiken erwähnt werden, deshalb sei das Holzkraftwerk, als komplexeste Anlage, dort genannt. Der

Rückgang der Stromerzeugung habe nichts mit Sparbemühungen zu tun, sondern auf einen Schadens in der Generatorwelle und dadurch einem längeren Ausfall in der Stromerzeugung im Holzkraftwerk zurückzuführen. Die Wärme konnte dennoch produziert und vorher ausgekoppelt werden. Die Stadtwerke haben für diese Fälle eine Schadens- und Betriebsunterbrechungsversicherung. Weiter geht er auf die Klimaneutralität ein. Der Gesetzgeber sieht in großen Fernwärmenetze vor, dass keine Biomasse mehr zum Einsatz komme. In der Übergangsphase werde man noch Pellets und Hackschnitzel einsetzen. Künftig werde das Holzheizkraftwerk aus der Förderung fallen. Man habe nachhaltige Projekte wie die Neckarwärmepumpe, Abwasserwärmepumpe, Luftwärmepumpen und Biomethananlage im Blick. Bis 2030 habe man das Ziel einer 80%igen erneuerbaren Wärmeerzeugung, 100% bis 2035. Die Herausforderung liege zudem im starken Wachstum in der Wärmeerzeugung. Weiter wird auf das Eigenkapital eingegangen. Mit Unterstützung der Gesellschaft könne dies gestützt und die Quote stabil gehalten werden. Bei einem Invest von 400 Millionen müssen 120 Millionen Eigenkapital aufgebaut werden. 1,7 Millionen Euro haben die Stadtwerke im Vorjahr als Sponsorengelder ausgegeben. Viele Vereine bekommen Unterstützung. Der Schwerpunkt liege bei den MHP-Riesen.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt Ziffer 5 der Beschlussvorlage aufgrund der großen Anzahl der Befangenheitsgründe getrennt zur Abstimmung. Danach lässt er über Ziffer 1 bis 4 der Vorlage unter Beteiligung aller Mitglieder des Ausschusses abstimmen.

---

**Beschlussempfehlung:**

- 1.) Den notwendigen Mehraufwendungen (siehe Anlage – u.a. Corona-Pandemie, Anschlussunterbringung Geflüchtete und Aufwendungen Komm.ONE) im Jahr 2022 wird

- zugestimmt, die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen der Gewerbesteuer.
- 2.) Ein Ermächtigungsübertrag 2022 im Bereich der Personalaufwendungen in Höhe von 3.500.000 EUR wird in den Ergebnishaushalt des Jahres 2023 übernommen.

### **Mitteilung:**

- 3.) Der Jahresabschlussbericht 2022 (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Finanzen gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Das Ergebnis sei sehr positiv, dies werde künftig jedoch anders aussehen. Viele Großprojekte seien bereits beschlossen, wird zu bedenken gegeben. Die Planung der städtischen Finanzen beruhe auf prognostizierten Werten, die tatsächliche Entwicklung lasse sich nicht exakt vorhersagen.

OBM **Dr. Knecht** dankt den Unternehmen für die hohen Gewerbesteuereinnahmen. Er warnt jedoch für die Zukunft vor großen finanziellen Herausforderungen. Zahlenmäßig werde heute ein sehr guter Abschluss für 2022 vorgelegt, jedoch mache man sich mittel- und langfristig Sorgen um die Finanzen der Stadt. Die Situation sei herausfordernd. Er geht auf den Baumittelabfluss und die Personalkosten ein. Man wolle die Stadt zukunftsgerichtet, unter guten Arbeitsbedingungen und mit Blick auf den Fachkräftemangel, aufstellen. OBM Dr. Knecht eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** wünscht nähere Informationen zu den notwendigen Mehraufwendungen in Höhe von 240.000 Euro im Teilhaushalt Liegenschaften und 75.000 Euro beim Katastrophenschutz. Bis einschließlich 2022 könne man in Ludwigsburg nicht von einer finanziellen Krise sprechen. Er zeigt sich beeindruckt von der hiesigen Wirtschaftskraft und positive Gewerbesteuerentwicklung und dankt den Unternehmen. Die Höhe der Gewerbesteuer überfordere die Unternehmen offenbar nicht, meint er und geht auf die in der Coronazeit beschlossene Erhöhung des Hebesatzes ein, die auf drei Jahre befristet ist. Die Unternehmen müssten nicht entlastet und somit der Hebesatz nicht zurückgeführt werden. Sorgevoll habe man den Haushalt 2022 beraten, erinnert er. Häufig habe man in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass sich dennoch die Situation positiv entwickelt und man die Gewerbesteuerentwicklung unterschätzt habe. Hier wünscht er verlässlichere Planungen, damit der Ergebnishaushalt nicht zu pessimistisch eingeschätzt werde.

Das gute Ergebnis zeige, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer für drei Jahren unnötig gewesen sei, meint Stadtrat **Herrmann**. Einer Verlängerung der Erhöhung werde seine Fraktion nicht zustimmen. Die Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden unter anderem in den Klimaschutz zu investieren. Eine kluge Ansiedlungspolitik und Erweiterungsmöglichkeiten seitens der Stadt

gegenüber den Unternehmen sei der richtige Weg, so können höhere Gewerbesteuereinnahmen erzielt werden, ohne den Hebesatz anzuheben. Er dankt den Unternehmen und deren Mitarbeitenden. Heute habe man reale Zahlen im Gegensatz zu den Haushaltsberatungen. Manches könne im Haushaltsjahr aus unterschiedlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Er weist auf Ziffer 2 des Beschlussvorschlages hin. Die Begründung sei ausreichend und seine Fraktion werde zustimmen. Die Bauausgaben liegen weit unter dem geplanten Ansatz. Positiv merkt er an, dass die Kreditermächtigungen reduziert werden konnten. Er fragt, ob die übrigen Kreditermächtigung aus 2022 in Anspruch genommen wurden oder noch werden, diese Frage beziehe er auch auf die Jahre 2020 und 2021. Er geht auf Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren ein und wünscht mehr Information hierzu, wie auch zu den Transferleistungen und den geringeren Zuschüssen im Bereich der Kinderbetreuung. Bisher seien die Transferaufwendungen immer höher gewesen, merkt er an. Angesichts der großen Aufgaben, unter anderem das Bildungszentrum West, Investitionen in Bildung und Betreuung und die Schaffung weiterer guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen, sei nicht die Zeit dafür, Wohltaten auszuschütten, trotz dieses guten Ergebnisses aus 2022. Er dankt der Kämmerei für die gute Arbeit.

Als erfreulich bezeichnet Stadtrat **Weiss** den Jahresabschluss 2022. Die letzten Jahre seien turbulent gewesen. Heute habe man konkrete Zahlen. Er dankt den Unternehmen für ihre Finanz- und Leistungskraft. Er spricht sich für eine Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer aus, um dadurch wieder eine Entlastung der Unternehmen herzustellen. Die Debatte zur Grundsteuerreform werde noch folgen. Je nach Ertragskraft der Bürger können sich die Erträge aus der Einkommens- und Umsatzsteuer ändern. Noch musste man keine zusätzlichen Kredite aufnehmen, merkt er an. Die liquiden Mittel werden ausgeschöpft sein. Die Entwicklung der Personalkosten sehe er kritisch. Die Debatte zu den künftigen Transferleistungen für Kultur, Sport und Bildung werde bei den Haushaltsreden geführt. Er lobt den Fachbereich.

Allein schon wegen der beschlossenen hohen Investitionen sei klar, dass es so nicht weitergehen könne, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan** und lobt das gute Ergebnis. Dieses brillante Gewerbesteuerergebnis werde im kommenden Jahr nicht mehr eintreffen, stellt er klar. Bei der Haushaltsdebatte werde der Dreijahreskompromiss zur Gewerbesteuer im Raum stehen. Die Einsparungen bei den Personalkosten kommen aus unbesetzten Stellen, dadurch gebe es jedoch rückständige Aufgaben. Er geht auf die Dienstleistungen an die Bürgerschaft und Daseinsfürsorge sowie die Pflichtaufgaben ein. Er könne sich vorstellen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer zu belassen. Die laufenden Kosten für den Verwaltungsbetrieb werden immens steigen. Er verweist auf die Haushaltsberatungen.

Stadtrat **Haag** lobt ebenso das gute Ergebnis und erinnert an die Haushaltsberatungen für 2022, damals sei man von diesem Ergebnis weit weg gelegen. Die Prognose für die Zukunft sehe er dagegen deutlich düsterer. Angesichts der hohen Gewerbesteuereinnahmen könne der Hebesatz wieder gesenkt werden. Die Personalkosten seien aus der Not heraus geringer ausgefallen. Er geht in diesem Zusammenhang auf die Pflichtaufgaben ein und fragt, wie diese angesichts des fehlenden Personals, künftig erledigt werden sollen.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Finanzen geht auf die offenen Fragen ein. Im Bereich Liegenschaften mussten Rückstellungen in Grundstückskaufverträgen für Bodenverunreinigungen gebildet werden. Während der Pandemie sei die Beschaffung, unter anderem für Schutzkleidung und Impfungen, zentral über die Feuerwehr gelaufen und vorwiegend aus dem dortigen Budget

finanziert worden.

Für dieses Jahr habe die Stadt Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 98 Millionen Euro eingeplant. Nach derzeitigem Stand werden es 100 Millionen Euro sein, man liege also recht nah an der Prognose, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen hinzu. Das Ziel bestehe darin, die richtige Zahl zu treffen, betonte er. Weiter geht er auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein. Hierdurch solle die Wirtschaft gestärkt werden. Jedoch werden die Anteile an der Gewerbe- und Einkommenssteuer geringer. Man stehe eng mit der Wirtschaftsförderung im Austausch. Zudem werde es 2023 bei den Personalausgaben aufgrund der Tarifsteigerungen deutliche Mehraufwendungen geben. Die Kreditermächtigungen 2022 seien bis zum Erlass der Haushaltssatzung 2024 gültig und könnten noch eingesetzt werden. Weiter geht er auf die Rückstellungen bei Gerichtsverfahren ein. Insbesondere gehe es um Gewerbesteuer. Diese werden jährlich neu aufgestellt. Die Transferaufwendungen in den Kitas beruhen auch auf baulichen Verzögerungen und verspäteter Inbetriebnahme sowie dem Fachkräftemangel.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Haushaltsberatungen. Im Jahre 2023 werden die Personalkosten aufgrund der Tarifierhöhungen ansteigen, obwohl weiterhin 250 bis 300 Stellen nicht besetzt seien. Die Bauausgaben liegen höher, auch aufgrund der erhöhten Baukosten. Durch das Projekt Bildungszentrum West werden innerhalb von 9 Jahren rund 200 Millionen anfallen. Die Ausgaben für die Transferleistungen hängen von neuen Kitas und Personaleinstellungen ab. Die Kommunen stünden am Limit unter anderem auch aufgrund der Themen Geflüchtete, Klimaneutralität und Entlastung der Wirtschaft. Bei persönlichen Gesprächen mit den Unternehmen stellt er eine positive Entwicklung und ein Verständnis für das Verwaltungshandeln fest. Er lässt über die Vorlage abstimmen.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.